

Die Gipfel der

UNGERECHTIGKEIT

VON DORIS KOCHANEK

Eine exklusive repräsentative Umfrage belegt: Die Deutschen vermissen vor allem eins – Gerechtigkeit!



Wir lassen sie walten, anderen widerfahren und hoffen inständig, sie möge auch uns zuteil werden: Gerechtigkeit. Kaum einen anderen Wert schätzen die Deutschen höher (siehe „Welche Werte den Deutschen wichtig sind“ in der Juli-Ausgabe 2007). Wie aber ist es um die Gerechtigkeit zwischen Flensburg und Oberstdorf, zwischen Görlitz und Aachen bestellt? Glauben die Menschen in Deutschland, dass es in ihrem Land fair zugeht? Und was würden sie zuerst

READER'S DIGEST September 2008

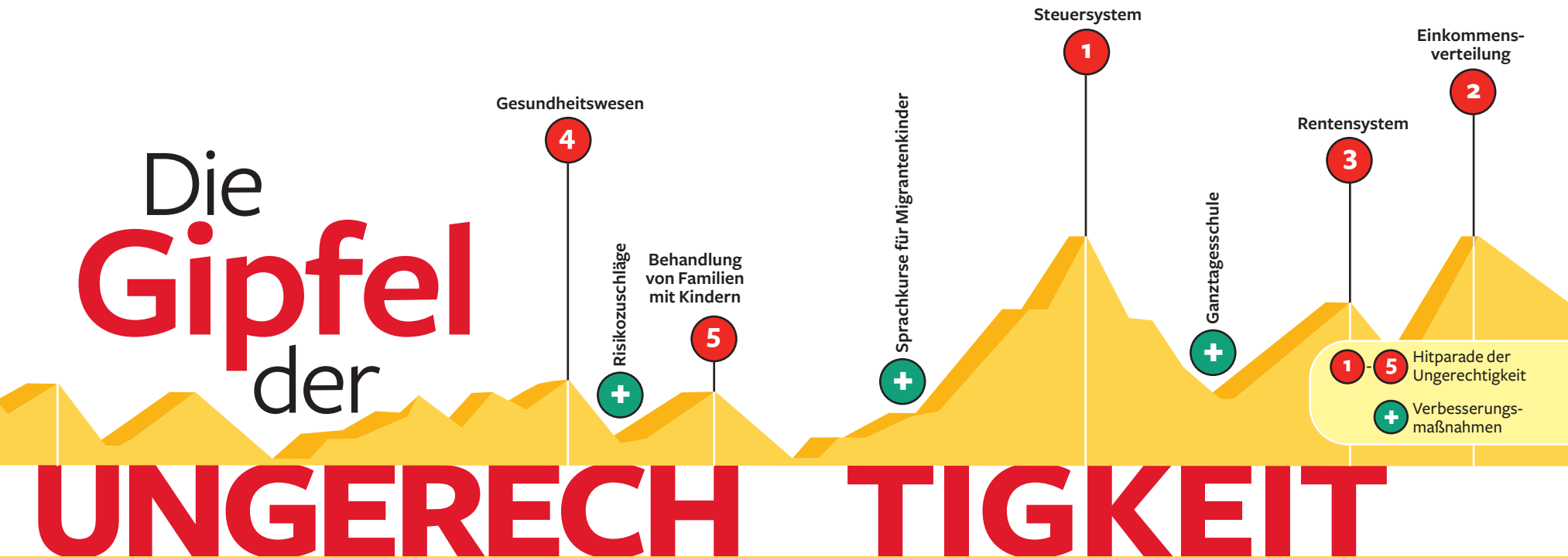
verändern, wenn sie könnten? Zu welchen Maßnahmen würden sie dabei greifen, und was dürfte mehr Gerechtigkeit kosten? *Reader's Digest* wollte es genau wissen und hat nachgefragt.

Vieles ist ungerecht ...

In unserem Auftrag hat das Meinungsforschungsinstitut Emnid in einer ersten Umfrage 1001 Männer und Frauen gebeten, eine Einschätzung darüber abzugeben, wie gerecht es in acht ausgewählten Bereichen in

Deutschland zugeht: im Steuer- und im Rentensystem, bei der Verteilung der Einkommen sowie der Bildungschancen, im Gesundheitswesen, der Behandlung von Familien mit Kindern, bei den Lebensverhältnissen zwischen Ost- und Westdeutschland und der Chancenverteilung zwischen den Geschlechtern.

Das Ergebnis könnte kaum deutlicher sein. Nicht bei einem einzigen der abgefragten Bereiche sagt die Mehrheit der Deutschen: „Hier geht



es gerecht zu.“ Am besten schneiden noch die Chancenverteilung zwischen den Geschlechtern, die Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland, die Verteilung der Bildungschancen und die Behandlung von Familien mit Kindern ab.

Wie gleichberechtigt sind Mann und Frau in Deutschland? Immerhin 51 Prozent der Männer sind davon überzeugt, dass in Deutschland die Chancen zwischen den Geschlechtern gerecht verteilt sind. Eine Einschätzung, die 62 Prozent der Frauen ganz und gar nicht teilen. „Es gibt unterschiedliche Ideen von Gerechtigkeit“, erklärt Professor Stefan Liebig, der den Lehrstuhl für Empirische Sozialstrukturanalyse an der Universität Duisburg/Essen innehat. „So sind durchaus auch bei uns Menschen der Überzeugung, dass es gerecht ist, wenn Männer mehr verdienen als Frauen. Begründet wird das mit der angestammten Rolle des Mannes als Ernährer der Familie. Ein Modell, dem nicht ausschließlich, aber doch definitiv mehr Männer anhängen.“

Maßgeblich prägt die eigene Betroffenheit auch die Wahrnehmung beim Blick auf die Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland. Eher un-

gerecht finden zwar auch 50 Prozent der Menschen in Westdeutschland die Situation – aber 76 Prozent im Osten!



ndererseits denken die Menschen durchaus nicht nur an sich selbst, wenn sie meinen, dass etwas gerecht oder ungerecht ist. So finden 65 Prozent der von Emnid Befragten, Familien mit Kindern würden in Deutschland ungerecht behandelt. Wie viele Personen ein Haushalt zählt, also ob noch Kinder im Haus sind, hat darauf kaum Einfluss. „Hier kommt eine andere Idee von Gerechtigkeit zum Tragen – die sogenannte Bedarfsgerechtigkeit, über die in Deutschland allgemeiner Konsens besteht“, sagt Professor Liebig. „Damit ist gemeint, dass Personen, die einen gerechtfertigten Anspruch auf bestimmte Güter oder Gelder haben, diese auch erhalten sollten. Die Bedarfsgerechtigkeit ist ein grundlegendes Konzept unseres Wohlfahrtsstaates.“

Wenn also Familien mit Kindern sich Dinge nicht leisten können, die nach allgemeiner Überzeugung zu einem angemessenen Lebensstil gehören, dann verstößt dies gegen das Gerechtigkeitsempfinden der Bürger.

... anderes ungerechter

Die Spitzenplätze in der Hitparade der Ungerechtigkeit belegen das Gesundheitswesen und Rentensystem (jeweils 73 Prozent), die Einkommensverteilung in der Bevölkerung (81 Prozent) und das Steuersystem (82 Prozent).

Warum? Das auf dem Umlageverfahren basierende deutsche Rentensystem – die arbeitenden Generationen zahlen die Renten der aktuellen Ruheständler und erwerben dabei Ansprüche an die nachfolgenden Generationen – ist seit Jahren in der Diskussion: Die Senioren werden immer älter, beziehen daher länger Rente und stehen einer schrumpfenden Zahl von Beitragszahlern gegenüber.

Diese Problematik ist in den Köpfen der Menschen angekommen. Finden sich doch unter den Befragten, die das Rentensystem als „eher gerecht“ bewerten, überdurchschnittlich viele Männer und Frauen im Alter von 60 Jahren und mehr. Immerhin 31 Prozent dieser Gruppe denken so. „Das sind die Menschen, die vom System noch profitieren werden“, meint der Duisburger Soziologe. Hingegen finden nur 15 Prozent der 50- bis 59-Jährigen das System gerecht. Dahinter steckt womöglich die Befürchtung, der eigenen

Beitragszahlung heute werde kein angemessener Gegenwert im Rentenalter entgegenstehen. Zugleich wird für diese Altersgruppe die Zeit knapp, durch private Vorsorge ein finanzielles Polster für den Ruhestand zu schaffen.

Ungeliebte Ungleichheit

Aber nicht nur im Alter gilt: Der eine hat mehr, der andere weniger. Die Einkommensschere in Deutschland spreizt sich, und die Menschen sind empört. Satte 81 Prozent der Befragten sagen: Die Einkommensverteilung in Deutschland ist ungerecht.

„Hier kommen zwei Dinge zusammen. Einmal die Ungleichheitsaversion, die man als menschliche Eigenschaft charakterisieren könnte. Zugespitzt bedeutet das: Man möchte nicht über einen Bettler fallen, wenn man aus der Wohnung tritt“, erläutert Professor Liebig. „Zum anderen ist dieses Ergebnis in einer spezifisch deutschen Tradition begründet. Aus internationalen Vergleichen wissen wir, dass die Menschen in Deutschland sich viel stärker an Gleichheitsidealen orientieren als beispielsweise die US-Amerikaner. Das führt dazu, dass wir Einkommensunterschiede zu nächst einmal für ungerecht halten.“

FOTOGRAFIERT VON REINER PFISTERER



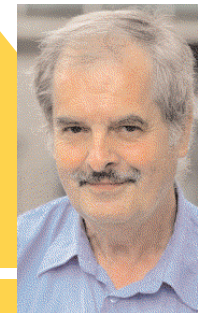
Wenn Manager, die weiß Gott wie viel verdienen, Mitarbeiter entlassen, dann ärgert mich das.

Ulrike Mütsch

(Die abgebildeten Personen wurden im Rahmen einer Straßenumfrage interviewt.)

Theoretisch haben bei uns die Kinder der Ärmern die gleichen Bildungschancen wie die der Reichen. Aber nur in der Theorie.

Wolf-Jürgen Schulz



Ist hier vielleicht der viel geschmähte „Sozialneid“ am Werk? „Diese egalitären Vorstellungen finden wir durchaus auch in den oberen Einkommensklassen“, stellt Liebig klar. 79 Prozent der Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen über 2500 Euro pro Monat halten die Einkommensverteilung in Deutschland für ungerecht.

Noch etwas ungerechter allerdings finden sie – wie auch 82 Prozent aller Befragten – das Steuersystem. „Die Menschen reagieren emotional besonders heftig, wenn man ihnen etwas wegnimmt“, kommentiert Liebig. „Deshalb sehen sie die Steuern so kritisch.“

Schnelle Änderungen? Ja, bitte!

Danach befragt, in welchen beiden der acht Bereiche die Gerechtigkeit am dringendsten verbessert werden sollte, nennen dieselben Menschen, die gerade noch das Steuersystem und die Verteilung der Einkommen für den Gipfel der Ungerechtigkeit hielten, die Verteilung der Bildungschancen und das Gesundheitswesen. Wieso?

„Beim zweiten Bereich geht es um ein grundlegendes Bedürfnis der Menschen. Es geht um Gesundheit oder Krankheit, Leben oder Tod“, erklärt

Professor Liebig. „Die hohe Priorität, die der Verbesserung der Bildungschancenverteilung zugemessen wird, hat viel damit zu tun, dass der Begriff der Gerechtigkeit in den letzten zehn Jahren eine Bedeutungsverschiebung erfahren hat. In den 60er-, 70er- und auch 80er-Jahren war soziale Gerechtigkeit eindeutig mit finanzieller Umverteilung verknüpft. Seitdem beobachten wir, dass sich die Vorstellung der Menschen davon, was soziale Gerechtigkeit ausmacht, auch auf die Verteilung der Chancen bezieht. Also nicht mehr: Jeder soll im Ergebnis das Gleiche haben, sondern jeder soll die gleichen Chancen bekommen.“

Drastische Maßnahmen? Nein, danke!

Wie aber könnte das Gesundheitswesen gerechter werden? In einer zweiten Umfrage wollte Emnid in unserem Auftrag von 1000 Männern und Frauen wissen, welche Maßnahmen geeignet wären, das Gesundheitswesen und die Verteilung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland gerechter zu gestalten.

Ergebnis: Von revolutionären Maßnahmen halten die Deutschen nichts! Die Ausweitung der gesetzlichen

Krankenversicherungspflicht auf alle findet als mögliche Maßnahme im Gesundheitswesen bei 72 Prozent der Befragten Zustimmung. Die Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung und eine Versicherungspflicht in privaten Krankenkassen schafften hingegen nur in den Augen von 33 Prozent der Befragten mehr Gerechtigkeit. „Die Vorstellung, dass man eine bessere medizinische Versorgung bekommt, weil man mehr Geld hat, verstößt klar gegen das egalitäre Verständnis der Menschen in Deutschland“, erklärt Soziologe Liebig.

Abgelehnt wird auch die Abschaffung der beitragsfreien Mitversicherung von Familienmitgliedern in der gesetzlichen Krankenversicherung (34 Prozent Befürworter). Höhere Eigenbeteiligungen für selbst verschuldete Risiken, etwa bei Rauchern, würden hingegen nach Meinung von 57 Prozent der Befragten für mehr Gerechtigkeit sorgen. „Wenn jemand unverschuldet in eine Notlage gerät, dann muss ihm geholfen werden. Das ist unsere Idee vom Wohlfahrtsstaat“, erläutert Liebig. „Die Notlage muss aber unverschuldet sein. Risiken, die dem Lebensstil geschuldet sind, werden als Privatsache betrachtet.“



icht für eine Privatsache, sondern für eine der Ursachen, warum die Bildungschancen in Deutschland un-

gerecht verteilt sind, hält es die Mehrheit der Deutschen, wenn Migranten-Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse eingeschult werden. Satte 93 Prozent der Befragten befürworten verpflichtende Deutschsprachkurse für diese Kinder.

Anklang finden auch die Einführung der Ganztageschule mit Hausaufgabenbetreuung für alle (81 Prozent) und die Abschaffung der Länderzuständigkeit im Bildungsbereich (58 Prozent). Eltern absolut freie Hand bei der Wahl der weiterführenden Schule für ihr Kind zu lassen (37 Prozent Zustimmung) sowie die Einführung einer Einheitsschule für alle und damit die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems hält die Mehrheit der Bevölkerung (32 Prozent Zustimmung) hingegen nicht für die Gerechtigkeit fördernde Maßnahmen.

„Wenn die Menschen immerzu hören, dass das Gymnasium die Schule ist, die das Kind besuchen muss, um später gute Chancen zu haben, ist der Abbau einer solchen Gliederung mit Ängsten besetzt“, erläutert Liebig. „Das



58

Das Vergütungssystem für die Ärzte sorgt dafür, dass Kassenpatienten eine schlechtere medizinische Versorgung erhalten.

A.C. Rapp

READER'S DIGEST September 2008

Wirklich die gleichen Chancen wie Männer haben Frauen in Deutschland noch nicht. Aber es ist besser als in vielen anderen Ländern.

Rashia Schloz



gilt gerade in der Mittelschicht, in der Abstiegsängste um sich greifen.“

Was kostet Gerechtigkeit?

Tief in die Tasche greifen würden die Deutschen jedenfalls nicht, um für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung der Bildungschancen für Kinder und Jugendliche zu sorgen: 45 Prozent sind nicht bereit, dafür auch nur einen Euro mehr Steuern zu bezahlen! 29 Prozent würden bis maximal 1 Prozent ihres Einkommens geben, 18 Prozent bis maximal 3 Prozent, fünf von hundert bis 5 Prozent und nur einer von hundert auch mehr als 5 Prozent.

Großzügiger sind die Menschen, wenn es um das Gesundheitswesen geht: 54 Prozent der Befragten sind bereit, den Krankenkassen höhere Beiträge zu bezahlen, wenn dafür die Leistungen konstant bleiben. Nur 21 Prozent würden es vorziehen, weniger Leistungen zu erhalten, aber dafür die Beiträge nicht weiter nach oben klettern zu lassen.

„Das Thema Gesundheit ist den Menschen einfach näher als die Bildung“, erklärt Professor Liebig die Diskrepanz zwischen den beiden Bereichen. „Außerdem gehört Bildung zu den kollektiven Gütern, wo wir nicht direkt erkennen, was wir für unsere Steuern bekommen. Beim Gesundheitswesen handelt es sich eher um eine Tauschaktion. Man zahlt und bekommt eine klar definierte Leistung.“

Ein Modell, bei dem die konstanten Krankenkassenbeiträge mit dem Ausschluss von bestimmten Leistungen für Ältere bezahlt werden, bevorzugen nur 7 Prozent der Befragten. Es findet auch in den jüngeren Altersgruppen kaum Befürworter. „Die Menschen wünschen, dass das Versorgungsniveau erhalten bleibt“, erklärt Liebig. „Der Wohlfahrtsstaat genießt in Deutschland hohe Zustimmung, und eines seiner grundlegenden Konzepte ist die Gerechtigkeit.“



Ihre Meinung ist gefragt:
meinung@readersdigest.de

Unsere Umfrage-Ergebnisse geben zu denken:

- 83 Prozent der Menschen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen zwischen 1000 und 1500 Euro finden das Steuersystem ungerecht. Genau wie 86 Prozent der Befragten, die mehr als 2500 Euro im Monat verdienen!
- Familien werden in Deutschland ungleich behandelt. Das finden 57 Prozent der Bayern, 64 Prozent der Nordrhein-Westfalen, Thüringer und Sachsen, 68 Prozent der Baden-Württemberger – und 79 Prozent der Berliner!
- Die gerechtere Chancenverteilung zwischen den Geschlechtern muss sich hinten anstellen. Nur 8 Prozent der befragten Männer wollen diesen Bereich vorrangig verbessert sehen – und lediglich 9 Prozent der Frauen!
- Die Abschaffung der beitragsfreien Mitversicherung von Familienmitgliedern in den gesetzlichen Krankenkassen lehnen 68 Prozent der Befragten in Haushalten mit vier und mehr Personen ab. So wie 65 Prozent der Alleinstehenden! **RD**